



Protokoll der AG Kinderschutz vom 29.08.2014

Ort:	Kreisverwaltung TF, Luckenwalde, Raum B 4-1-07
Zeit:	09:00-10:40 Uhr
Anwesende:	Gesine Siems (SR II), Heike Krautz (SR III), Raissa Erbis, Jeannette Müller, Marion Lindner und Heike Becker-Heinrich
Entschuldigt:	Horst Bührendt, Annette Gussow, Elfi Grzanna, Claudia Sponholz, Sabine Weidner, Ines Dickhoff (SR IV), Margit Rathsack (SR I)
abwesend:	Vertreter des Familiengerichts und des JHA
Protokollführung:	Heike Becker-Heinrich

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch die amtierende Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft

Frau Becker-Heinrich begrüßte die Anwesenden und leitet das Arbeitstreffen.

2. Rückmeldung der Netzwerkpartner zu den Regionalkonferenzen und weitere Infos der Mitglieder der AG Kinderschutz aus ihren Bereichen

Staatliches Schulamt

Frau Weidner hat sich für den heutigen Termin entschuldigt und Frau Becker-Heinrich gebeten, den Mitgliedern der AG Kinderschutz mitzuteilen, dass sie ab Oktober 2014 in das MBS nach Potsdam wechselt und dort neue Aufgaben übernimmt. Frau Weidner bedankt sich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in der AG Kinderschutz. Da das Bewerbungsverfahren zur Besetzung der Stellen für die beiden für TF zuständigen Schulräte noch andauert, gibt es keine Infos zu künftigen Ansprechpartnern. Frau Weidner ist darüber hinaus nicht bekannt, ob die künftigen Schulräte an der AG Kinderschutz teilnehmen werden.

Bedingt durch Frau Weidners Absage zum Termin, entfällt die Information zum Verfahren der Schulen bezüglich der Problematik der Schulverweigerung.

Gesundheitsamt (GA):

Frau Erbis teilte mit, dass für das Schuljahr 2014/15 im Landkreis Teltow-Fläming 1635 Kinder an den Einschulungsuntersuchungen teilgenommen haben. Für 230 Kinder erfolgte aus medizinischer Sicht die Empfehlung zur Rückstellung. Dies sind ca. 14% der Einschüler und liegt über der Rückstellungsquote von ca. 12% aus dem vergangenen Jahr. Die Zahl der tatsächlichen Rückstellungen durch die Schulen ist ihr nicht bekannt.

Ihr liegen keine Kenntnisse darüber vor, wie viele Kinder insgesamt ausländische Kinder sind.

Frau Erbis teilte mit, dass die Untersuchungen und Tests der tschetschenischen Kinder in russischer Sprache erfolgten. Für ihren Zuständigkeitsbereich wurde für 5 ausländische Kinder die Rückstellung empfohlen, da sie mehrfache Entwicklungsverzögerung hatten. Alleine die fehlenden Deutschsprachkenntnisse sind kein Rückstellungsgrund. Frau Erbis wies jedoch auf die Problematik hin, dass insbesondere diese Kinder „Hauskinder“ seien und eine Förderung zur Entwicklung der Fähigkeiten fraglich sei. Die überwiegende Anzahl der Kinder, deren Rückstellung empfohlen wurde, würden

Kindertagesstätten besuchen. Sie geht davon aus, dass dort angemessene Förderung für die rückgestellten Kinder erfolgt.

Die Eltern müssen die Empfehlung des Gesundheitsamtes (GA) unterschreiben und legen diese Empfehlung zum Termin in der Schule vor.

Frau Erbis wies erneut darauf hin, dass der KJGD Empfehlungen ausspricht, aber die Entscheidung über eine Befürwortung oder Ablehnung des Antrages auf Zurückstellung dem Schulleiter obliegt.

Ergänzend merkte Frau Erbis an; dass Eltern, die selbst mit Rückstellungswünschen kommen, als Begründung die Empfehlung aus der Kita benennen. Das würde dazu führen, dass bereits diese Kinder nicht an der (in manchen KiTas durchgeführten) „Vorschule“ teilnehmen, obwohl ein ganzes Jahr zur Entwicklung bis zur Einschulung möglich ist.

Sie wünscht sich eine Steigerung der Zusammenarbeit zwischen Kita-GA-Schule und Eltern.

Auf die Anfrage an Frau Erbis, wann der neue Gesundheitsbericht online sein wird, versprach sie sich zu informieren, und Rückmeldung an die AG Kinderschutz zu geben.

Infos aus dem SR I:

die stellvertretende Sprecherin des SR I Frau Rathsack hat Frau Becker-Heinrich mitgeteilt, dass sie z.z. die Vertretung in der AG Kinderschutz nicht leisten kann.

In der nächsten Regionalkonferenz Kinderschutz im SR I wird die Wahl des Sprechers, ggf. des Stellvertreters erfolgen.

Ansonsten erfolgten keine Infos aus SR I.

Infos aus dem SR II:

Frau Siems teilte mit, dass sie bezüglich der Thematik Schulverweigerung mit den SAS in ihrer Gemeinde gesprochen hat. Insgesamt sind wenige Schulverweigerungen bekannt. Schule und SAS würden individuell und gut zusammenarbeiten. Bei vermutetem Bedarf von weiteren Jugendhilfeleistungen wird das JA informiert.

Bei akutem Bedarf, weil z.B. ein Kind sich gerade nicht regulieren kann und den Unterricht in einer Klasse stört, hat die Gemeinde Rangsdorf an der Oberschule ein „Trainingsraum-Modell“ eingeführt, das diesem Kind ermöglicht, sich in einem geschützten Raum zu regulieren und unter fachlicher Begleitung den Unterrichtsstoff zu bearbeiten, bis ein zurückgehen in die Klasse erfolgt. Das Staatliche Schulamt beteiligt sich nicht an diesem Angebot. Die Fortführung des Projekts ist wegen der anfallenden Kosten in Frage gestellt.

Bezüglich der Einschulungskinder halten sich in Rangsdorf die aktuellen Rücksteller und Einschüler aus der letztjährigen Rückstellung die Waage. Frau Siems wird nach den Ausführungen von Frau Erbis an ihren Grundschulen nachfragen, wie viele Kinder trotz Einschulungsempfehlung des GA, zurückgestellt wurden.

Zwischenzeitlich gab es keine Anfragen oder Informationen der Netzwerkpartner des SR an Frau Siems.

Infos aus dem SR III:

Frau Krautz teilte mit, dass eine Erhöhung der Kitaplätze geschaffen werden konnte und dass bei Tagespflegepersonen aktuell freie Plätze zur Verfügung stehen.

Bezüglich der Einschulungskinder halten sich auch in Luckenwalde die aktuellen Rücksteller und Einschüler aus der letztjährigen Rückstellung die Waage. Frau Krautz beabsichtigt ebenfalls an ihren Grundschulen nachzufragen, wie viele Kinder trotz Einschulungsempfehlung des GA, zurückgestellt wurden.

An Frau Krautz wurden keine Anfragen oder Informationen der Netzwerkpartner seit dem letzten Treffen der AG Kinderschutz gerichtet.

Infos aus dem SR IV:

Es gibt keine Infos aus dem SR IV.

Förderbedarf der Kinder

Die Anwesenden stellten insgesamt einen steigenden Förderbedarf für Kinder fest. Die Frage, was nötig ist, diesem zu begegnen, soll in der nächsten AG Kinderschutz aufgegriffen werden.

Jugendamt

Frau Lindner teilte zum Thema Schulverweigerer mit, dass es über das Jugendamt aktuell zwei Schulverweigerer-Projekte gibt. Ein Projekt ist in Ludwigsfelde an der Förderschule, das andere in Luckenwalde an der Oberschule angesiedelt. Es gibt jedoch nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen, die über Hilfen zur Erziehung gefördert werden. Beteiligt sind dabei ausgewählte Träger der freien Jugendhilfe.

Frau Lindner wies auf die Pflichten der Schulen und des Staatlichen Schulamtes hin, da es in Deutschland die gesetzlich festgeschriebene Schulpflicht gibt. Hier sieht sie noch den Bedarf die Hausbeschulung als eine Maßnahme zur Begegnung der Schulverweigerung auszubauen.

Frau Müller ergänzte, dass diese Projekte als Ziel die Reintegration der Schüler in den regulären Schulbetrieb haben.

Daneben gibt es auch EFS-geförderte-Projekte, die an externen Orten mit externem Schulabschluss durchgeführt werden. Diese Projekte laufen 2015 aus, nachfolgende Richtlinien für die Förderung neuer Projekte sind noch nicht bekannt.

Frau Müller teilte Frau Siems mit, dass ihr Trainingsraum-Modell vielleicht als ESF-gefördertes Projekt durchgeführt werden könnte und wird die Kontaktdaten an Frau Siems weiterreichen.

Frau Becker-Heinrich teilte mit, dass die Jugendförderer der Kreisverwaltung darüber informiert haben, dass es kein kreisweit abgestimmtes Verfahren bei Schulverweigerung gibt, sondern individuell die Zusammenarbeit am Bedarf ausgerichtet ist.

Nachtrag zum fehlenden Schulabschluss

Frau Müller hatte bei der letzten AG Kinderschutz mitgeteilt, dass eine Anfrage durch das Jugendamt erfolgte. Die Übersicht liegt bisher Frau Becker-Heinrich nicht vor, daher konnte sie noch nicht an die Mitglieder weitergeleitet werden.

Polizei

Frau Sponholz hatte vorab mitgeteilt, dass die Präventionsarbeit nach den Ferien und ihrem Urlaub wieder in den Kitas und Schulen aufgenommen wird. Es gäbe bereits viele Anfragen, aber auch noch die Möglichkeit für weitere Einrichtungen, Präventionsarbeit mit ihr abzustimmen.

Sozialamt

Frau Becker-Heinrich berichtete, dass das Sozialamt die Anregung aus dem JA und ihren eigenen Regionalkonferenzen Soziales zur AG Nothilfe aufgegriffen hat und ein erstes Treffen am 19.06.2014 stattfand. Es müssen jedoch noch weitere Akteure, so z.B. Wohnungsbaugesellschaften gewonnen werden. Der nächste Termin ist am 10.09.2014. Vom Sozialamt gibt es keine weiteren Infos.

JHA

Frau Becker-Heinrich hatte Frau Hartfelder als Mitglied im neuen JHA eingeladen, jedoch keine Rückmeldung erhalten. Am 24.09.2014 ist die konstituierende Sitzung des JHA. Frau Becker-Heinrich wird sich danach an die neue Ausschussvorsitzende/den neuen Ausschussvorsitzenden wenden, um bezüglich der Besetzung für das Netzwerk Kinderschutz nachzufragen.

Familiengericht

Auf die Einladung zur AG Kinderschutz hat sich wiederholt kein Familienrichter gemeldet. In der nächsten AG Kinderschutz soll die künftige Struktur der AG Kinderschutz beraten werden.

3. **Möglichkeiten zur Unterstützung von Kindern mit emotional/sozialen Auffälligkeiten aus anderen Landkreisen/Bundesländern , die in unserem Landkreis in stationäre Jugendhilfe aufgenommen sind und hier die Schule besuchen**

Der TOP wird nicht beraten, da er auf Wunsch des Staatlichen Schulamtes aufgenommen worden war, und dieses nicht vertreten ist. Für die anderen Mitglieder besteht aktuell kein Beratungsbedarf.

Ergänzend wies Frau Becker-Heinrich auf das Fortbildungsangebot des SFBB Nr. 6082/14 hin.

1.-2.10.14: Zusammenarbeit Heim-Schule auf solide Füße stellen – Qualitätsmerkmale zur Kooperation eine Veranstaltung in Kooperation mit kobra.net und dem MBSJ noch einige freie Plätze.

Die Veranstaltung ist insbesondere auch für Tandems, Tridems aus Jugendhilfe und Schule, die bereits zusammenarbeiten. Darüber hinaus werden Vertreter/innen von Schulaufsicht, Schulleitung und Heimaufsicht für Fragen/Anregungen zur Verfügung stehen

Die Anmeldung ist ab **sofort möglich** bis spätestens zum 9.9.14 per mail: ingrid.fliegel@sfbf.berlin-brandenburg.de; Tel.: 030-48481-321

Die Teilnahme beträgt 7 Euro/Tag inkl. Mittagessen und ist von 9-ca. 16:30h im SFBB

Leider terminüberlappend gibt es ein weiteres Angebot.

„Gemeinsam wachsen.Gemeinsam Lernen.“ Fachtag für eine gelingende Zusammenarbeit zwischen stationärer Jugendhilfe und Schule am 01.10.2014 von 10:30-16:00 Uhr im Friedenssaal im Großen Waisenhaus, Lindenstr. 34a, 14467 Potsdam. Anmeldung bis 19.09. an www.stiftungwaisenhaus.de oder info@stiftungwaisenhaus.de oder Tel.: 0331-281 46 6

4. **Sonstiges**

Frau Becker-Heinrich teilte mit, dass von der Gründung eines DKSB-TF nach Informationen von Frau Brückner-Drehmel aktuell Abstand genommen wird.

Strukturveränderung in der Kreisverwaltung mit Auswirkung auf das Jugendamt

Frau Becker-Heinrich teilt mit, dass zum 01.10.2014 mit der Strukturveränderung begonnen wird. Zunächst werden statt der bisherigen 5 Dezernate ab 01.10.2014 vier Dezernate gebildet. Herr Bührendt beendet zum 30.09. 2014 seine Tätigkeit als Dezernent und Amtsleiter. Das Jugendamt wird ab 01.10.2014 dem Dezernat II zugeordnet werden. Die zuständige Dezernentin ist Frau Gurske. Die Stelle des Amtsleiters befindet sich noch im Bewerbungsverfahren. Ziel ist die Vorstellung des neuen Amtsleiters/der neuen Amtsleiterin zum JHA am 24.09.2014. Der Termin einer Arbeitsaufnahme der neuen Amtsleitung ist noch offen. Zu klären bleibt dann auch eine mögliche Strukturveränderung innerhalb des JA.

Da neben dem Jugendamt auch das Gesundheitsamt und das Sozialamt zum Dezernat II gehören, ist auch das Netzwerk Kinderschutz betreffend eine Neustrukturierung überlegenswert. Frau Becker-Heinrich wies auf die unterschiedlichen regionalen Zuschnitte der verschiedenen Ämter hin. In den anstehenden Regionalkonferenzen Kinderschutz wird dies thematisiert und beraten werden. Die anwesenden Mitglieder können sich eine veränderte Struktur vorstellen. Eine Abstimmung dazu soll in der nächsten AG Kinderschutz erfolgen, um eine höhere Beteiligung der Mitglieder zu erreichen.

Kinderrechte

Der Antrag auf Förderung des Kinderrechtflyers wurde durch die Stiftung großes Waisenhaus zu Potsdam abgelehnt.

Frau Becker-Heinrich hat zwischenzeitlich die beiden beteiligten stationären Einrichtungen der Jugendhilfe zur deren möglichen finanziellen Beteiligung angefragt. Die Rückmeldung steht noch aus. Zugleich erfolgte die Anfrage an die Kunstpädagogin zu Möglichkeiten der Reduzierung der Flyerkosten. Auch hier wird die Möglichkeit geprüft, eine Rückmeldung ist noch offen.

Frau Becker-Heinrich teilte mit, dass aus dem Produkt Kinderschutz die geplante Summe erhöht werden könnte, dies aber nicht zur Deckung der Gesamtkosten reicht.

Herr Matzke (GFB) als Antragsteller teilte mit, dass ein überarbeiteter Antrag nochmals an die Stiftung gerichtet wurde und dass die Kosten für eine reduzierte Stückzahl ebenfalls neu benannt wurden.

Die anwesenden Mitglieder sprachen sich dafür aus, die Stückzahl beizubehalten und weitere Beteiligte zur Finanzierung zu suchen. Frau Siems und Frau Krautz werden in ihrer Gemeinde/Stadt eine mögliche finanzielle Beteiligung erfragen. Frau Becker-Heinrich wird in Rücksprache mit der GFB und dem MKD gehen und weitere Gemeinden/Städte um Unterstützung anfragen.

Termine:

Die anwesenden Mitglieder legten nachfolgende AG-Termine für 2015 fest: 20.02.; 29.05.; 02.10. und 04.12.2015 jeweils von 09:00-11:00 Uhr in Raum B4-1-7

Mitteilungsbogen KWG:

Einstimmige Entscheidung, die Faxnummer des SpD auf den Mitteilungsbogen zu setzen, damit alle Absender gleich die notwendige Nummer zur Übermittlung haben. (03371-608 9150)

Zur Erinnerung:

Das nächste Treffen der AG Kinderschutz findet am Freitag, 28.11.2014 von 09:00-11:00 Uhr in Raum B4-1-7 statt.